BE

BERN AKTUELL

Jahrgang 29 Ausgabe 216
März/April 2018

Die Schweizerische Vereinigung Bern Aktiv schreibt, was andere über Bern und die Schweiz nicht berichten (dürfen).

AZB / P.P. 3001 Bern

Seit 29 Jahren für SIE im Einsatz! NEWS aus Bundesbern und der ganzen Schweiz

Freiwillige Kirchensteuer für das Gewerbe!

Von
Stefan Hofer,
Grossrat SVP,
Bern

Der Kanton Bern bittet für die Kirchensteuer nicht nur die Angehörigen der Landeskirchen zur Kasse, sondern auch juristische Personen. So werden in der Regel Kapitalgesellschaften (AG, GmbH usw.), Genossenschaften, Vereine und Stiftungen besteuert, und die Erträge den Landeskirchen in Abhängigkeit von ihrer Mitgliederzahl zugeteilt. Diese Praxis sorgt seit langem immer wieder für Missmut. Denn anders als natürliche Personen können sich die Unternehmen und anderen Organisationen nicht durch Kirchenaustritt der Steuerpflicht entziehen. Die Kirchensteuer bleibt auch dann geschuldet, wenn hinter der Firma ein Eigentümer steckt, der keiner der Landeskirchen angehört oder diese aus anderen Gründen nicht mitfinanzieren möchte.

Die Bundesverfassung sieht die Besteuerung der juristischen Personen nicht vor, sondern lässt sie zu. So das Bundesgericht, welches die Religionsfreiheit lediglich als Schutznorm für natürliche Personen gelten lässt (BGE 126 I 122). Der Kantonsgesetzgeber kann also eine Kirchensteuerpflicht für juristische Personen im Gesetz vorsehen. Diese Beurteilung ist in der Fachliteratur umstritten. Kirchen und religiöse Gemeinschaften verfolgen primär eine religiöse Zielsetzung und erfüllen keine Staatsaufgabe. Selbst eine allfällige Verwendung von Kirchensteuern juristischer Personen für «nicht-kultische» Zwecke ändert nichts daran, dass sie nicht dem allgemeinen Haushalt der Gemeinden, sondern allein den Landeskirchen zukommt. Wenn der Kanton die Unternehmen in eine Sozialpflicht nehmen will, dann soll er das über die Unternehmenssteuer und zugunsten des Haushalts tun und nicht über eine Kirchensteuer zugunsten der Landeskirchen. Das von Befürwortern der Kirchensteuerpflicht regelmässig ins Feld geführte «Profitieren von gesamtgesellschaftlich relevanten Leistungen» durch die Unternehmen ist eine politische Einschätzung aber kein Rechtsgrund für eine Steuer – sonst müsste nämlich jedermann – auch natürliche Personen, die nicht Mitglied der Landeskirchen sind – als Profitierende besteuert werden. Das Motiv der Befürworter einer Kirchensteuerpflicht der juristischen Personen ist offensichtlich allein die finanzielle Bedeutung dieser Steuererträge für die Aufrechterhaltung der finanziellen Basis der Landeskirchen.

Wenn der Kanton Leistungen der Kirchen oder religiöser Gruppierungen für gesamtgesellschaftlich wertvoll erachtet, kann er sie über Leistungsverträge mit den jeweiligen Gruppierungen abgelten, die einer Leistungsüberprüfung standhalten müssen.

Situation in den Kantonen

Keine Kirchensteuer für juristische Personen erheben nur die Kantone: BS, SH, AR, AG und GE.

Kanton BE: Vorstösse zur Abschaffung: 1979 Motion FDP/Gygi, 1999 Motion SD/Hess und 2006 Motion FDP/Bolli Jost.

Die Kantone VD und VS erheben keine Kirchensteuer im eigentlichen Sinne. Die Kultuskosten sind jedoch in den Budgets von Kanton und Gemeinden enthalten und sind demzufolge durch die Erträge aus den allgemeinen Steuern – auch der juristischen Personen – gedeckt.

Kanton SO erhebt von jur. Personen keine Kirchensteuer im eigentlichen Sinne. Die juristischen Personen bezahlen aber seit 1952 eine Finanzausgleichssteuer in der Höhe von 10% der einfachen Staatssteuer zuhanden der staatlich anerkannten Kirchgemeinden.

Kanton SG erhebt jur. Personen keine Kirchensteuer im eigentlichen Sinne. Von den Zuschlägen zu den Gewinn- und Kapitalsteuern (220% der einfachen Steuer) wird aber ein Teil (22,5% der einfachen Steuer) für den Steuerausgleich unter den Kirchgemeinden verwendet.

Der Kanton NE erhebt die Kirchensteuer bei juristischen Personen, die Bezahlung ist aber freiwillig.

Im Kanton TI machen nicht alle Kirchgemeinden von ihrem Recht Gebrauch, eine Kirchensteuer zu erheben. Natürliche und juristische Personen können sich durch einfache Mitteilung an das Steueramt davon befreien.

Steuerpflichtig sind in der Regel die Kapitalgesellschaften (z.B. AG und GmbH), Genossenschaften, Vereine und Stiftungen.

Im Kanton GL unterliegen die Holding- und Domizilgesellschaften keiner Kirchensteuerpflicht.

Die Kantone SZ, NW und GR kennen die Kirchensteuern auch für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Die Kantone ZH, SO, TG und JU besteuern auch die übrigen juristischen Personen.

Deshalb möchte ich den Regierungsrat beauftragen, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen, damit sich künftig juristische Personen freiwillig der Kirchensteuerpflicht unterstellen können.

Ein alter Zopf

Die Belastung einer juristischen Person (AG; GmbH, Genossenschaft etc.) mit Kirchensteuern ist systematisch falsch. Es ist unbefriedigend und ungerecht, dass juristische Personen Kirchensteuern zahlen müssen, obwohl sie gar nicht Mitglied einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sein können und sich ebenso wenig auf das Grundrecht der Religionsfreiheit berufen können. Für natürliche Personen sind Kirchensteuern grundsätzlich freiwillige Ab-

INHALT

1 Freiwillige Kirchensteuer für das Gewerbe!
3 Das widersprüchliche Verhältnis von rot-grün zum Auto
Bärni
4 Bern will ein Asylzentrum und neue «Gäste»
5 Pikom News
7 Öi Stimm – üses Engagement – Zämä geits!
8 Vegan und bekifft

www.bernaktuell.ch

gaben, da jede Einwohnerin / jeder Einwohner im Kanton Bern selber entscheiden kann, ob er einer Landeskirche angehören will oder nicht. Für juristische Personen gilt diese Wahlfreiheit nicht. Sie sind verpflichtet, Kirchensteuern zu bezahlen, ungeachtet dessen, ob ihre Besitzer oder ihre Belegschaft einer Landeskirche angehören oder nicht. Insbesondere stossend ist, dass sich die Landeskirchen in den letzten Jahren vermehrt auch in politische Angelegenheiten einmischten und dabei von ihrem Kernauftrag entfernten – teilweise auch von den Interessen der Unternehmen. Gerade in solchen Fällen ist es unverständlich, wenn juristische Personen, die mit dem Handeln der Landeskirchen nicht einverstanden sind, weiterhin zur Bezahlung von Zwangsabgaben verpflichtet sind. Gegen eine freiwillige Bezahlung der Kirchensteuern durch Unternehmen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, jedoch soll die Wahlfreiheit auch bei juristischen Personen gegeben sein. **Das Obligatorium der Kirchensteuern im Kanton Bern für juristische Personen ist in der heutigen Zeit ein alter Zopf, stammt aus einer Zeit, in welcher die Trennung von Kirche und Staat noch viel verwirklichter war und ist auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.**

Wahlkreis Biel-Seeland

Wahlkreis Emmental

Das widersprüchliche Verhältnis von rot-grün zum Auto

Von Aliki Panayides, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen, Bern
Grossratskandidatin

Gemäss städtischem, sprich also leider heute rot-grünem Pateiprogramm, ist das Auto per se schlecht: Umweltschädlich, Platzverschwendend, den Egoismus und wahrscheinlich den Kapitalismus demonstrierend. Daher gehört die Verkehrsvertreibungspolitik zum stadtbernischen täglichen Ärgernis in Bern.

Interessanterweise setzt sich aber Rot-Grün dann doch nicht entschlossen für autofreie Siedlungen ein – durchaus erfreulich, aber doch widersprüchlich. Der Grund dafür ist schnell gefunden: Mit dem Auto lässt sich so richtig Geld für die Staatskasse machen: Steuern auf Fahrzeuge und Benzin, Vignette, Parkgebühren, Prüfgebühren und natürlich Bussengelder fürs Falschparkieren, zu langes parkieren, mit einem Pneu ausserhalb des Parkfeldes stehen, am falschen Ort anhalten und so weiter und so weiter.

Rot-Grün schätzt das Auto aber auch aus tiefster innerer Freude heraus, denn was gibt es für Rot-Grün schöneres, als wenn man/frau mit dem Velo unterwegs ist und die Autofahrerin mit moralisch überlegenem leicht verächtlichem Blick in die Schranken weisen kann. Und vermutlich besonders befriedigend: Unabhängig von Vortritt oder Einbahnregelung: Im Falle eines Unfalls ist immer das Auto schuld, denn das Velo gilt als schwächerer Verkehrsteilnehmer – pardon Verkehrsteilnehmerin.

Und dann sind da noch all die rot-grünen Politiker, die sehr gerne mitfahren, wenn es darum geht, von einer Sitzung zur anderen zu kommen. Eigenverantwortung und Konsequenz geht anders …. siehe SVP.

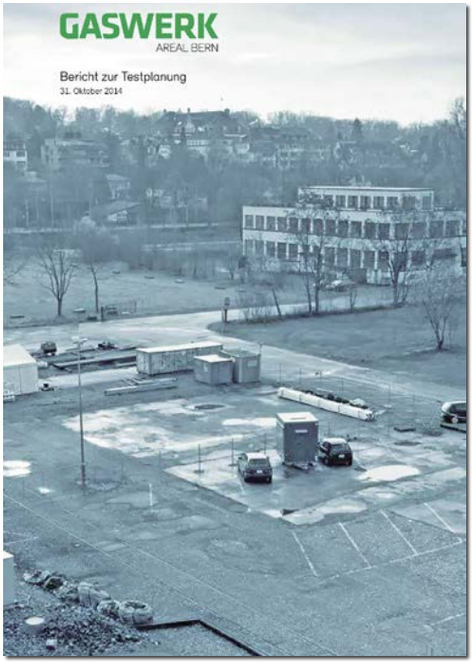
BÄRNI der Strassenwischer und Politikbeobachter

Bern will ein Asylzentrum und neue «Gäste»

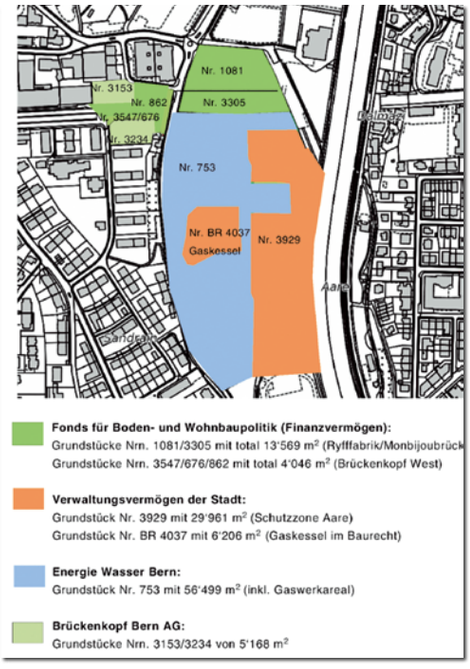
Der Gemeinderat will gemäss eigenem Bekunden dem Kanton und dem Bund gegenüber Hand dafür bieten, dass auf Stadtgebiet ein neues Asylzentrum des Bundes entstehen kann. Das Zieglerareal soll 2023 frei werden. Dagegen wurde der Vorstoss der SVP, der u.a. keine neuen Asylzentren in Bern wollte, von allen anderen Fraktionen leider unisono abgelehnt.

Von Alexander Feuz, Berner Fürsprecher, Stadtrat/Fraktionschef SVP und Grossratskandidat

Erfreulicherweise nahm der Berner Stadtrat am 25.1.2018 die von mir als Erstunterzeichner eingereichte dringliche interfraktionelle Motion (SVP, BDP/CVP) «Pacta sunt servanda! Mit der Planung für Wohnraum im Ziegler ist endlich zu beginnen!» mit 46 Ja, 10 Nein und 2 Enthaltungen als Richtlinienmotion klar an. Damit sollte nun sichergestellt sein, dass die 2023 auslaufenden Verträge, in denen das Ziegler als Asylzentrum vergeben wurde, nicht verlängert werden. Gegen Ende 2018 sollte das Planerlassverfahren Ziegler beginnen, und die Bevölkerung wird bei der Planung mitwirken können. Damit sollte das Ziegler, wie von uns beantragt, effektiv auf Ende 2023 frei werden. Ich schliesse allerdings leider nicht aus, dass die Verwaltung wegen angeblicher Personalknappheit diese Zeitvorgaben nicht einhalten kann (vgl. meinen früheren Artikel).



Mit meiner gleichentags behandelten Dringlichen Motion (Militärkaserne Bern: Angebot des Gemeinderates, Provisorium, Providurium, Definitivum? Schluss mit der leichtsinnigen Vergabe von besten zentralen Wohnlagen für den Asylbereich!) hatte ich dagegen gar keinen Erfolg. Sie wurde mit Ausnahme der SVP Fraktion von allen übrigen Fraktionen leider mit 8 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Die klare Mehrheit der Stadträte will auf dem Platz Bern ein Asylzentrum des Bundes. Die Gründe, die dagegen sprechen, waren leider nicht massgeblich. Am Kasernenareal, nach wie vor als Option festhalten! Es ist zu hoffen, dass sich hier der Bund durchsetzt, der dieses Areal weiterhin für



seine Bedürfnisse nutzen will. Möglicherweise ist das Areal im Bericht des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes gefährdet. Anwohner haben mir gegenüber entsprechende Befürchtungen geäussert. Anfangs März 2018 sollte der Gemeinderat auf meine Anfrage Auskunft geben müssen, welche Areale geprüft werden und wann und wie die betroffenen Anwohner und Eigentümer über die Vorhaben orientiert werden. Infolge der geänderten Bestimmungen des neuen Asylgesetzes werden hier die Möglichkeiten, das Vorhaben zu verhindern, stark eingeschränkt.
Erstaunlicherweise haben die Medien über die beiden Vorstösse nicht berichtet, weshalb ich dankbar bin, dass BERN AKTUELL die guten und schlechten Nachrichten hier veröffentlicht.

Planung Gaswerkareal: Eine weitere rotgrüne Bastion wird geschaffen

Leider wurde hier eine weitere Chance für eine sinnvolle Überbauung an dieser einzigartigen Lage beim Marzili unten an der Aare leichtfertig vergeben: Gegen den Willen der bürgerlichen Minderheit und der Mitte wurde mit Stichentscheid der Präsidentin sogar ein Antrag des GB/JA angenommen, der ein Verbot von Stockwerkeigentum vorsah. Besonders schmerzlich wurde von den Unterlegenen dabei empfunden, dass eine Stadträtin bei dieser heiklen Abstimmung wegen der Teilnahme an einem von ihr unterstützten Konzert in Bern fehlte.
Auch die Anträge meiner Fraktion, u.a. mindestens 50% höherwertigen Wohnraum zu schaffen und die Parkplatzanzahl von 0,3 pro Wohneinheit zu erhöhen, wurden von RGM abgeschmettert. Ebenso hatten selbst unsere mit Fachleuten erarbeiteten weiteren Planungsanträge keine Chancen, obwohl wir dafür selbst aus den Reihen diverser anderer Fraktionen Unterstützung und Anerkennung erhielten.

Mein persönliches Fazit: Das rotgrüne Wohlfühl-Biotop auf Kosten der Steuerzahler muss unbedingt verhindert werden. Lieber bleibt das Areal noch Jahre grün, als dass eine weitere Bastion von RGM geschaffen wird.

PIKOM NEWS

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

Zuwanderung begrenzen hat nichts mit Abschottung zu tun

Ein freies Land wie die Schweiz hat die Einwanderung selber zu steuern, wie dies die meisten Länder der Welt auch tun. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Im Gegenteil, viele Staaten verschärfen vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungs-Gesetze, mit dem Ziel, die Einwanderung nach ihren Bedürfnissen auszurichten.

30. Albisgüetli-Tagung Zürich

Alt Bundesrat Christoph Blocher warnte: Die Unabhängigkeit und der Wohlstand seien in Gefahr. Internationales Recht soll vor das von Volk und Ständen geschaffene Recht gestellt werden. Die Schweiz sei erneut auf dem Weg zur Knechtschaft. Beim «institutionellen Rahmenabkommen» werde versucht, mit schönen Worten einen Ankettungsvertrag zu verharmlosen, in Wahrheit will der Vertrag «die Abschaffung der schweizerischen direkten Demokratie». Grund für unseren Wohlstand sei nicht das «Geschwätz über Globalisierung und bilaterale Verträge, sondern unsere Unabhängigkeit, unsere direkte Demokratie, die bewaffnete Neutralität und Marktwirtschaft». Gastredner Bundesrat Ignazio Cassis wirbt für einen Neuanfang mit der EU. Das Ziel des Rahmenabkommens sei im Grunde nichts anderes als ein Marktzugangsabkommen. Ihm schwebt ein neues Vertragspaket vor: Einen Stromvertrag, ein Dienstleistungsabkommen und den Zugang für Schweizer Banken und Versicherungen zu den EU-Märkten. Integriert werden sollen auch Institutionen zur Überwachung der Verträge, ein Schieds-Gericht, das über die Einhaltung urteilt, eine paritätische, je nach Fall zusammengesetzte Einrichtung würde die politische Akzeptanz eines Abkommens mit der EU innenpolitisch erhöhen. Die Forderung der EU, dass ihr Gericht die EU-Regeln für den Zugang zu ihrem Binnenmarkt auslegt, sei nachvollziehbar, ein ausländischer Autofahrer müsse sich auch an die Tempolimite in der Schweiz halten.

Einwanderung aus dem Ruder gelaufen, Zuwanderung stoppen

Seit der Einführung mit der EU im Jahr 2007 verzeichnen wir jährlich eine Netto-Zuwanderung von 60'000 bis 80'000 Personen. Die Folgen sind schmerzhaft, namentlich ältere Menschen werden durch junge, billigere Ausländer ersetzt. Schulen platzen aus den Nähten, die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Die Ausgaben der Gemeinden steigen, der Steuerzahler ist gefordert. – Schluss mit dem Rechtsanspruch auf Zuwanderung, unterschreiben Sie die Begrenzungs-Initiative. Mehr Informationen oder Unterschriftenbögen unter: www.begrenzungsinitiative.ch und info@begrenzungsinitiative.ch

Flankierende Lohnschutzmassnahmen für Schweizer verletzen EU-Prinzip «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort»

Mit dem Rahmenvertrag sollen auch die einst ausgehandelten flankierenden Lohnschutzmassnahmen für Schweizer verschwinden.

Zerstörung des 600 Kilometer «Terror-Korridor's» im Norden Syriens durch türkische Truppen

Schritt für Schritt, verkündete Staatschef Erdogan, werde man den Korridor, mit Unterstützung ehemaliger IS-Kämpfer, den die syrisch-kurdischen Volksverteidigungsmilizen an der türkischen Grenze errichtet hätten, zerstören.

Zentralschweiz will Projektierung des Durchgangsbahnhofs Luzern

Die Zentralschweizer Konferenz der Kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs fordert, dass aus Rücksicht auf die Zentralschweizer Interessen die Variante mit dem Zimmerberg-Basistunnel II zwischen Zug und Zürich und mit dem Durchgangsbahnhof in Luzern über 11,5 Milliarden Franken umgesetzt werde.

Wahlkreis Oberaargau

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee

Einladung zur Generalversammlung des PIKOM und zum Referat

Grenzenlose Zuwanderung und deren Auswirkungen auf unsere Sozialwerke

Martina Bircher,
Grossrätin und Vizeammann, Aarburg AG

Samstag, 7. April 2018, ab 13.00 Uhr (Beginn GV: 13.30 Uhr, Referat: 14.00 Uhr)
Gasthof zum Schützen, Schachenallee 39, 5000 Aarau

Im Anschluss an die GV und an das Referat offeriert das PIKOM ein Apéro riche.
Sympathisanten sind ebenfalls herzlich willkommen.

Unterstützen Sie das PIKOM: **Werden Sie Mitglied!** **www.pikom.ch**

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Talon ausschneiden und einsenden an: **PIKOM, 5001 Aarau** - Fax 031 981 39 82 - E-Mail pikom@pikom.ch

PRO LIBERTATE

PIKOM
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

Vortrag von
Div aD Peter Regli

zum aktuellen Thema

«Terrorismus, Migration, Cyberkrieg und Donald Trump: gehen sie uns noch etwas an?»

Donnerstag, 15. März 2018
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich

Mittwoch, 27. Juni 2018
Sorell Hotel Aarauerhof, Bahnhofplatz 2, Aarau

Donnerstag, 4. Oktober 2018
Mannschaftskaserne Bern, Papiermühlestrasse 15 (Navigationssystem Kasernenstrasse 27), Bern

jeweils 18.45 Uhr Apéro, 19.30 Referat

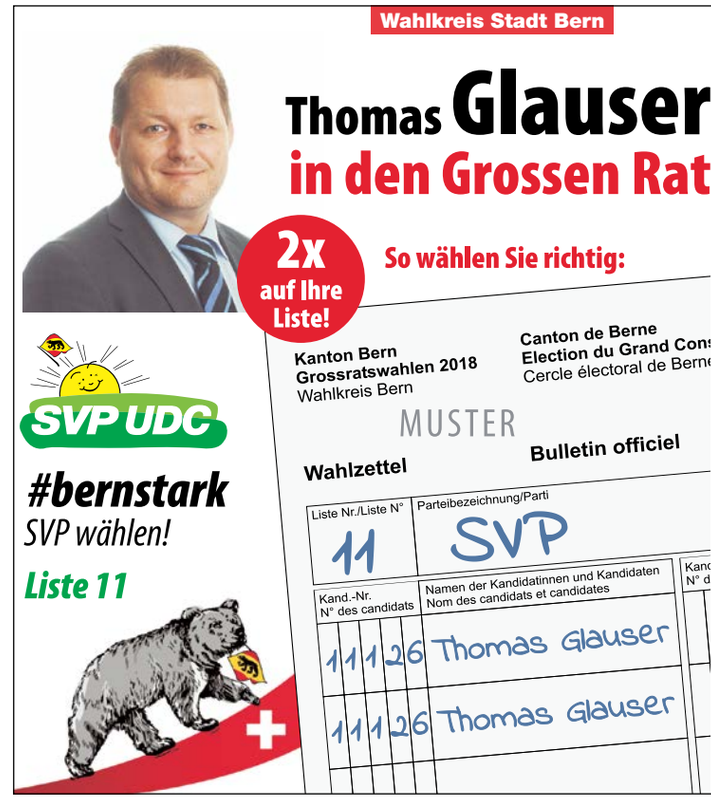
IMPRESSUM

Herausgeberin
Vereinigung BERNAKTIV, Postfach 8631, 3001 Bern, Telefon 031 398 42 04, Telefax 031 981 39 82
Postcheck 30-22011-6, E-Mail: redaktion@bernaktuell.ch – www.bernaktuell.ch

Verantwortliche Redaktion
a/Nationalrat und Grossrat Thomas Fuchs; a/Nationalrat Bernhard Hess; Nationalrat und Stadtrat Erich J. Hess; Stadtrat Lukas Lanzrein; Rechtsanwalt, Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger; Janosch Weyermann, Bern

6–10 Ausgaben pro Jahr – Auflage 5'000 bis 25'000 Expl.

Layout: Peter Hofstetter, Lurtigen – **Druck:** DZB, Druckzentrum Bern AG



Öi Stimm – üses Engagement – Zämä geits!

Das ist nicht nur ein Wahlslogan, sondern Semi Mordasinis und Simone Richners Kredo.

Sie sind der Meinung, dass Erfolg nur zusammen erreicht werden kann. Sei dies in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Gesellschaft. Im Team mit einer guten Zusammenarbeit, kann vieles erreicht werden - Zämä geits!

Diese Wertvorstellung kommt nicht von ungefähr und hat mithin dazu geführt, dass die beiden gemeinsam Wahlkampf machen.

Semi und Simone stammen aus bürgerlichen Familien. Mordasinis sind einerseits wegen dem Maler- und Gipsergeschäft im Breitenrain, vielen Ärzten und einigen Stadt- und Grossräten bekannt (dies bereits seit sechs Generationen unter freisinniger Fahne). Richners stammen aus Langenthal und ihre Familiengeschichte ist eng mit der Porzi (Porzellanfabrik Langenthal), Hektor Egger oder der Calag (Carrosserie Langenthal) verbunden, in deren Hallen, Simone als Kind oft umhergetollt ist.

Semi und Simone haben sich schon früh ehrenamtlich und sozial eingebracht, waren beide in der Pfadi (Simone sogar langjährige Leiterin, J+S II) und in diversen Sportvereinen tätig. Heute sind beide sowohl im jungfreisinn, wie auch in der FDP aktiv.

Simone ist Präsidentin der jungfreisinnigen kanton bern und Parteileitungsmitglied der FDP Kanton Bern. Semi ist Vorstandsmitglied der jungfreisinnigen stadt bern und Parteileitungsmitglied der FDP Stadt Bern, wie auch dessen Wahlkampfleiterin. Auch hier wird der Gedanke „Zämä geits“ von beiden eingebracht. Einer der Slogans der FDP ist Gemeinsinn, diesen leben sie, in dem Simone die einzelnen Basissektionen und dessen Mitglieder innerhalb des jungfreisinn vermehrt ins Zentrum stellt. Durch Ihre Funktionen setzten sich Semi auf Ebene der Stadt Bern und Simone auf Kantonsebene für eine engere und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen jungfreisinn und FDP ein und rekrutieren von ausserhalb und innerhalb der Partei junge angehende Politiker.

Semi Mordasini kann auf eine langjährige Erfahrung in der Politik zurückgreifen, alles begann im Kinderparlament der Stadt Bern, führte über das kommunale und kantonale Jugendparlament und weiteren jugendpolitischen Partizipationen zum Parteibeitritt in die FDP. Mit 14 Jahren wurde sie in die erste gemeinderätliche Kommission gewählt und hat seither diverse Einsitze in verschiedene Kommissionen von Stadt und Kanton Bern gehabt. Mit 21 wurde sie bereits in die Parteileitung der FDP gewählt und ist Wahlkampfleiterin der FDP Stadt Bern. Nicht nur die Freisinnigen Wurzeln werden in der Familie Mordasini hochgehalten, sondern auch diese aus dem Tessin. Aktiv bei den Tessiner Studenten und zehnjähriges Engagement in der Römisch-katholischen Kirchgemeinde St. Marien als Messdienerin zeigen ihr Bewusstsein für Gemeinsinn und Werte, die weitervermittelt werden müssen. Semi erfüllt sich ihren Kindheitstraum und wird diesen Sommer die Ausbildung zur Gemmologin (Edelsteinfachfrau) machen. Ihr Ziel ist es, im Edelsteinhandel Fuss zu fassen.

Simone Richner kann ebenfalls auf viele Erfahrungen in der Politik zurückgreifen. Als amtierende Präsidentin der jungfreisinnigen kanton bern und ehemaliges Vorstandsmitglied der jungliberalen langenthal, kennt sie sowohl die kantonalen, wie auch die kommunalen Abläufe und deren Bedürfnisse im Hinblick auf die Politik bestens. Als Mitglied der Parteileitung der FDP Kanton Bern kann sie die Anliegen der Jungpartei direkt in die Strategie der Mutterpartei einbringen. Neben der Politik kam sie ihrem Hobby dem Sport immer fleissig nach, sei dies in der Leichtathletik oder früher im Handball. Neben der Politik und dem Sport schlägt Simones Herz vor allem für ihren Beruf. Sie hat das bernische Anwaltspatent erworben und arbeitet gegenwärtig bei einer Strafverfolgungsbehörde. Die Selbständigkeit war Simone stets wichtig, so war sie, um ihr Studium zu finanzieren, neben Aushilfsarbeiten in Anwaltskanzleien stets auch als Barkeeperin in Bern tätig und schätzte die viele Kontakte mit verschiedensten Leuten enorm.

Semi und Simone sind aufrichtig, engagiert und kontaktfreudig. Zwei verschiedene Persönlichkeiten, die sich ergänzen, mit einem gemeinsamen Ziel.

Semi gehört zwar vom Jahrgang her zur Generation Y, doch bezahlt sie ihre Rechnungen mit dem gelben Büchlein auf der Post ein und geht an die Urne stimmen. Simone ist Co-Präsidentin des neugegründeten freisinnigen Vereins digital-liberal.ch und bringt somit das heute benötigte digitale Know-how in den gemeinsamen Wahlkampf ein. Semi, im Breitenrain nicht weit weg vom Malergeschäft geboren und aufgewachsen, kennt die Bedürfnisse und Probleme der bürgerlichen Menschen in der Stadt Bern. Simone ist vor dem Zuzug in Bern in Langenthal aufgewachsen und kennt so zusätzlich die Bedürfnisse der Landbevölkerung. So wiederspiegeln die beiden einen grossen Teil der Bevölkerung des Kantons.

In einem wunderschönen Land wie der Schweiz ist zudem die Bildung ein eminentes Fundament für die direkte Demokratie. Deshalb setzen sich die beiden nicht nur aktiv für die politische Bildung, sondern auch für die Allgemeinbildung und Stärkung des Dualbildung-Systems ein. Als Kinder von Unternehmerdynastien setzen sie sich vehement für eine liberale Wirtschaft im Sinne der freien Schweiz ein. Besonders gewichtig für die Beiden ist die Stärkung der KMUs, denn diese sind der Motor der Schweizerischen Wirtschaft und somit das Rückgrat des Mittelstandes. Wirtschaftlich und gesellschaftlich ist der Erhalt des Gewerbes und der Mittelschicht essentiell. Hierfür stehen die Beiden ein und wollen die Werte die unser Land und unseren Kanton grossgemacht haben weiterführen und im Grossen Rat einbringen.

Semi und Simone freuen sich über jegliche Unterstützung und hoffen Ihnen Schmackhaft gemacht zu haben, am 25. März frisches Blut in den Grossrat zu wählen. 2-mal auf ihre Liste und sie schaffen es, bürgerliche Werte im Grossrat einzubringen.

Wahlkreis Stadt Bern

FDP
Die Liberalen

«Öi Stimm, üses Engagement – zäme geits.»

Wahlen vom 25. März 2018

Liste 2
in den Grossen Rat

2× auf jede Liste

www.fdp-be.ch

Vegan und bekifft

Von Henri-Charles Beuchat, Stadtrat SVP Bern

Die Relevanz von Debatten im Berner Rathaus ist oft mit der Bedeutung von fleischloser Ernährung für alle (statt für wenige) vergleichbar. Zwar ist diesmal das Leiern um «legales Kiffen» kaum weltbewegend: Doch der Gemeinderat, aller Nebensächlichkeit zum Trotz – hält grosse Stücke auf den «Hasch».

Vegan und bekifft

«Apropos Fleischlos», da wurde doch tatsächlich von Regula Bühlmann, der amtierenden Stadtratspräsidentin die Forderung aufgestellt, dass der Anzeiger der Region Bern, einmal im Monat ein veganes Rezept zu veröffentlichen hat. Weiter fordert die höchste Bernerin, von der Stadt Bern finanzierte Kurse in vegetarischer und veganer Ernährung. Inskünftig muss bei einem Event mindestens ein Gericht vegan sein. Der Vorstoss wurde so vom linksgrünen Stadtrat überwiesen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Kühe zu fressen ist in der Stadt Bern offensichtlich ein Kapitalverbrechen, wer sich hingegen den «Kiff» ins Hirn saugt, dem wird vom Gemeinde- und Stadtrat applaudiert.

Bern – das Kifferparadies

Es war wieder mal ein Abend zum Davonlaufen, wär da nicht die erneute Forderung nach legalem Kiffen auf der Traktandenliste. Der Bund hat diesem Vorhaben, das unter dem Deckmantel «Cannabis-Studie» daher kommt, den Riegel geschoben. Die Universität Bern darf keine Studie zum legalen Verkauf von Cannabis durchführen. Das Gesetz erlaube dies nicht, sagt das Bundesamt für Gesundheit (BAG). Das Betäubungsmittelgesetz verbiete den Konsum von Cannabis zu nicht-medizinischen Zwecken.

Doch bei der Auslegung des Betäubungsmittelgesetzes besteht offenbar viel Spielraum. Während in Zürich 4286 Cannabis-Bussen ausgestellt wurden, waren es in Bern letztes Jahr nur 203.

Der Rotgrüne «Chrütlischwur»

Man könnte sich nun denken, dass mit der eidgenössischen Abfuhr an den Berner Cannabis-Versuch die Angelegenheit erledigt ist, weit gefehlt. Der Gemeinderat will nun mit juristischen Mitteln gegen den Entscheid des BAG vorgehen. Für die Legalisierung von Drogenkonsum scheuen die Rotgrünen keine Schandtat. Zu meinem Entsetzen findet das «Kiffen» selbst in FDP-Kreisen grossen Anklang. Vivianne Esseiva und Christoph Zimmerli, Aushängeschilder der stolzen liberalen Kräfte in der Stadt Bern, haben die Forderung mit unterzeichnet und befürworten die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses für einen legalen Cannabisverkauf.

Die Eidgenossenschaft gehört schon heute zu den G-7 der Cannabisproduktion. Willkommen im Grasland Schweiz. Die Legalisierung des Konsums von Cannabis war in der Schweiz in den letzten zwei Jahrzehnten wiederholt ein Thema. Trotz relativ breiter politischer Unterstützung scheiterten bislang alle Versuche.

Und so kam es an diesem Abend, wie es kommen musste – die linksgrüne Mehrheit unter Mithilfe der Grünliberalen und den zu allen Kompromissen bereiten CVP stimmten für die Kiffer-Story des Gemeinderates.

Den Rest des Abends kann man ohnehin vergessen. Auch sonst ist der Rat, aller rotgrüner Beliebtheit zum Trotz, zur individuellen Profilierung geeignet. Eine Forderung des dauerabwesenden SP-Genossen Rithy Chheng, (von 45 Sitzungen hat er immerhin 15 besucht), greift die Eigentumsrechte frontal an. Er will eine Formularpflicht beim Abschluss von Mietverträgen. Prima , so werden die wenigen verbleibenden günstigen Wohnungen vermehrt unter der Hand verschachert. Selber wohnen die Genossen äusserst fürstlich. Einmal mehr steht die weitere Debatte für die ideologische Umerziehung von Bürgern. Eines ist mir an diesem Abend ausnahmsweise etwas erspart geblieben: Die Verhätschelung von linken Gewaltchaoten und Hausbesetzern. Auch dem Teufel muss man sein Recht lassen.